

FEDERAAL AGENTSCHAP
VOOR DE VEILIGHEID VAN DE VOEDSELKETEN

[C – 2020/15029]

26 SEPTEMBER 2018. — Ministerieel besluit houdende dringende maatregelen betreffende de bestrijding van de Afrikaanse varkenspest. — Officieuze coördinatie in het Duits

De hierna volgende tekst is de officieuze coördinatie in het Duits van het ministerieel besluit van 26 september 2018 houdende dringende maatregelen betreffende de bestrijding van de Afrikaanse varkenspest (*Belgisch Staatsblad* van 27 september 2018), zoals het achtereenvolgens werd gewijzigd bij:

- het ministerieel besluit van 8 februari 2019 tot wijziging van het ministerieel besluit van 26 september 2018 houdende dringende maatregelen betreffende de bestrijding van de Afrikaanse varkenspest (*Belgisch Staatsblad* van 14 februari 2019);

- het ministerieel besluit van 22 mei 2019 tot wijziging van het ministerieel besluit van 26 september 2018 houdende dringende maatregelen betreffende de bestrijding van de Afrikaanse varkenspest (*Belgisch Staatsblad* van 7 juni 2019).

Deze officieuze coördinatie in het Duits is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

AGENCE FEDERALE
POUR LA SECURITE DE LA CHAINE ALIMENTAIRE

[C – 2020/15029]

26 SEPTEMBRE 2018. — Arrêté ministériel portant des mesures d'urgence concernant la lutte contre la peste porcine africaine. — Coordination officieuse en langue allemande

Le texte qui suit constitue la coordination officieuse en langue allemande de l'arrêté ministériel du 26 septembre 2018 portant des mesures d'urgence concernant la lutte contre la peste porcine africaine (*Moniteur belge* du 27 septembre 2018), tel qu'il a été modifié successivement par :

- l'arrêté ministériel du 8 février 2019 modifiant l'arrêté ministériel du 26 septembre 2018 portant des mesures d'urgence concernant la lutte contre la peste porcine africaine (*Moniteur belge* du 14 février 2019) ;

- l'arrêté ministériel du 22 mai 2019 modifiant l'arrêté ministériel du 26 septembre 2018 portant des mesures d'urgence concernant la lutte contre la peste porcine africaine (*Moniteur belge* du 7 juin 2019).

Cette coordination officieuse en langue allemande a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FÖDERALAGENTUR FÜR DIE SICHERHEIT DER NAHRUNGSMITTELKETTE

[C – 2020/15029]

26. SEPTEMBER 2018 — Ministerieller Erlass zur Festlegung von Dringlichkeitsmaßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest — Inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache

Der folgende Text ist die inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache des Ministeriellen Erlasses vom 26. September 2018 zur Festlegung von Dringlichkeitsmaßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest, so wie er nacheinander abgeändert worden ist durch:

- den Ministeriellen Erlass vom 8. Februar 2019 zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 26. September 2018 zur Festlegung von Dringlichkeitsmaßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest,

- den Ministeriellen Erlass vom 22. Mai 2019 zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 26. September 2018 zur Festlegung von Dringlichkeitsmaßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest.

Diese inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST WIRTSCHAFT, KMB, MITTELSTAND UND ENERGIE

26. SEPTEMBER 2018 — Ministerieller Erlass zur Festlegung von Dringlichkeitsmaßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest

Artikel 1 - § 1 - Im Rahmen der Anwendung des vorliegenden Erlasses gelten die Begriffsbestimmungen:

1. des Königlichen Erlasses vom 19. März 2004 über die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest,
2. des Königlichen Erlasses vom 18. Juni 2014 zur Festlegung von Maßnahmen zur Vorbeugung gegen meldepflichtige Schweinekrankheiten,
- [3. des Königlichen Erlasses vom 10. Juni 2014 über die Bedingungen für den Transport und das Ansammeln landwirtschaftlicher Nutztiere sowie den Handel mit diesen Tieren.]

§ 2 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. infizierte Zone: die infolge von Fällen Afrikanischer Schweinepest bei Wildschweinen in der Provinz Luxemburg abgegrenzte Zone: im Uhrzeigersinn:

- die Grenze zu Frankreich
- die N85
- die N83
- die N891
- Rue du Pont Neuf
- Rue du Lieutenant de Crépy
- Pont Charreau
- Rue de Chiny
- Rue de Marbehan
- Rue de la Civan
- Rue de Moreau

- die N879: Grand-Rue
 - die N897
 - Rue des Anglières
 - Rue du Pont de Virton
 - Rue Maurice Grévisse
 - Rue du 24 Août
 - die E411/E25
 - die Grenze zum Großherzogtum Luxemburg,
2. LKE: lokale Kontrolleinheit der Agentur.

[Art. 1 § 1 einziger Absatz Nr. 3 eingefügt durch Art. 1 des M.E. vom 22. Mai 2019 (B.S. vom 7. Juni 2019)]

KAPITEL 1 — Maßnahmen in der infizierten Zone

Art. 2 - Alle in der infizierten Zone gehaltenen Schweine müssen binnen fünf Tagen nach Veröffentlichung des vorliegenden Erlasses, der für die Ausführung der Maßnahme als Anordnung zur Tötung dient, unbedingt getötet werden.

Art. 3 - Für Haltungsbetriebe in der infizierten Zone, in denen zehn oder mehr Schweine gehalten werden, gelten folgende Maßnahmen:

1. Der amtliche Tierarzt stellt dem Schweinehalter eine Anordnung zur Tötung zu und übermittelt dem Bürgermeister eine Kopie davon.
2. Der amtliche Tierarzt verständigt einen Sachverständigen zwecks Schätzung der vorhandenen lebenden Schweine.
3. Die Schweine werden getötet und die Kadaver werden gemäß den Anweisungen der Agentur entsorgt.
4. Der amtliche Tierarzt kann sich erforderlichenfalls an den Bürgermeister wenden, um die zur Ausführung der Anordnung zur Tötung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Art. 4 - Für Haltungsbetriebe in der infizierten Zone, in denen weniger als zehn Schweine gehalten werden, gelten folgende Maßnahmen:

1. Der Bürgermeister stellt dem Schweinehalter eine Anordnung zur Tötung zu und bestimmt einen zugelassenen Tierarzt, der die Maßnahme ausführt.
2. Der vom Bürgermeister bestimmte zugelassene Tierarzt erstellt gemäß den Anweisungen der Agentur ein Inventar mit einer Kategorisierung der vorhandenen Schweine und schläfert alle vorhandenen Schweine ein.
3. Falls eines oder mehrere der einzuschläfernden Schweine klinische Symptome aufweisen, die auf Afrikanische Schweinepest hindeuten können, meldet der vom Bürgermeister bestimmte zugelassene Tierarzt dies unverzüglich der LKE.
4. Der Schweinehalter lässt die Kadaver gemäß den Anweisungen der Agentur entsorgen.

Art. 5 - Eine Wiederbelegung der Schweinehaltungsbetriebe in der infizierten Zone ist verboten.

Art. 6 - Im Rahmen des dazu vorgesehenen Haushaltsplanartikels wird dem Eigentümer der auf Anordnung getöteten Schweine und den Sachverständigen-Bewertern eine Entschädigung gewährt, und zwar zu Lasten des Haushaltsfonds für Gesundheit und Qualität der Tiere und tierischen Erzeugnisse und gemäß den Artikeln 15, 16 und 17 des Königlichen Erlasses vom 19. März 2004 über die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest.

Art. 7 - Wenn ein Schweinehalter eines in der infizierten Zone gelegenen Haltungsbetriebs eine oder mehrere der im vorliegenden Erlass festgelegten oder vom amtlichen Tierarzt auferlegten Maßnahmen nicht anwendet, ergreift der Bürgermeister diese Maßnahmen von Amts wegen auf Kosten des Halters, und zwar unter Aufsicht der Polizei gemäß Artikel 27 des Königlichen Erlasses vom 19. März 2004 über die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest. Die Kosten, die aufgrund der Anwendung von Amts wegen der tierseuchenrechtlichen Maßnahmen anfallen, werden von der Gemeindeverwaltung zurückgefordert. Der Eigentümer der getöteten Schweine erhält keine Entschädigung seitens des Fonds.

Art. 8 - Alle Schweine, die in nicht registrierten Haltungsbetrieben in der infizierten Zone gehalten werden, müssen getötet werden, und zwar ohne Schätzung und ohne Entschädigung, unbeschadet von Rechtsverfolgungen zu Lasten des Zuwiderhandelnden. Der Bürgermeister ordnet die Tötung an.

Art. 9 - Alle gehaltenen Schweine aus der infizierten Zone, deren Anwesenheit auf öffentlicher Straße, an einem öffentlichen Ort oder auf dem Eigentum anderer einen Verstoß gegen vorliegenden Erlass darstellt, werden auf Anordnung des Bürgermeisters unter den in Artikel 8 festgelegten Bedingungen unverzüglich getötet.

Art. 10 - Gemäß Artikel 26 des Königlichen Erlasses vom 19. März 2004 über die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest ist der Bürgermeister für die Ausführung der in der infizierten Zone vorgeschriebenen Maßnahmen verantwortlich.

KAPITEL 2 — Maßnahmen auf dem gesamten Staatsgebiet

Art. 11 - Das Ansammeln von Schweinen ist verboten.

Das Verladen von Schweinen unterschiedlicher Herkunft in ein und dasselbe Fahrzeug und das Entladen von Schweinen aus ein und demselben Fahrzeug in verschiedenen Haltungsbetrieben sind verboten.

[In Afwijking van de Abszaten 1 en 2 ist das Verladen van Schweinen unterschiedlicher Herkunft in ein und dasselbe Fahrzeug für den Transport zum Schlachthof erlaubt.]

[In Afwijking van Absatz 1 ist das Ansammeln von Schlachtschweinen an einer zugelassenen Sammelstelle der Klasse 2 erlaubt.]

[Art. 11 Abs. 3 eingefügt durch Art. 1 des M.E. vom 8. Februar 2019 (B.S. vom 14. Februar 2019); Abs. 4 eingefügt durch Art. 2 des M.E. vom 22. Mai 2019 (B.S. vom 7. Juni 2019)]

Art. 12 - Viehhalter lassen niemanden mit den Schweinen ihres Haltungsbetriebs in Kontakt kommen, außer wenn dies für eine ordnungsgemäße Führung des Haltungsbetriebs strikt notwendig ist.

Art. 13 - Viehhalter gewährleisten, dass der Kontakt mit Schweinen ihres Haltungsbetriebs jedem verboten ist, der in den zweiundsiebzig Stunden zuvor direkt mit einem wilden Schwein in Kontakt gekommen ist.

Art. 14 - Material, Futtermittel, Maschinen und Geräte, die mit dem Virus der Afrikanischen Schweinepest kontaminiert sein könnten, dürfen nicht in Schweinebestände eingeführt werden.

Art. 15 - Schweine, die in einen Bestand aufgenommen werden, müssen während vier Wochen getrennt untergebracht werden.

Art. 16 - Unbeschadet der in Artikel 3 des Königlichen Erlasses von 19. März 2004 über die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest erwähnten Meldepflicht dürfen Halter in einer Gruppe kranker Schweine keinerlei medizinische Behandlung einleiten, ohne zuvor einen Tierarzt hinzuzuziehen, der eine Diagnose erstellt und Proben zur Analyse in Bezug auf Afrikanische Schweinepest entnimmt, und zwar gemäß den Anweisungen der Agentur.

Art. 17 - Alle operativen Kosten und Kosten, die mit dem Auftrag der vom Bürgermeister zur Ausführung der Artikel 3 und 4 bestimmten Tierärzte verbunden sind, gehen zu Lasten der Agentur. Die dazugehörigen praktischen Modalitäten werden von der Agentur bestimmt.

Art. 18 - Vorliegender Erlass tritt am 28. September 2018 in Kraft.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST JUSTITIE

[C – 2020/10411]

26 JUNI 2020. — Koninklijk Besluit tot verlenging van artikel 7, eerste lid van de wet van 30 april houdende diverse bepalingen inzake justitie en het notariaat in het kader van de strijd tegen de verspreiding van het coronavirus COVID-19

FILIP, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 30 april houdende diverse bepalingen inzake justitie en het notariaat in het kader van de strijd tegen de verspreiding van het coronavirus COVID-19, artikel 7;

Gelet op het ministerieel besluit van 23 maart 2020 houdende dringende maatregelen om de verspreiding van het coronavirus COVID-19 te beperken;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 24 juni 2020;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister van Begroting, gegeven op 26 juni 2020;

Op de voordracht van de Minister van Justitie en op het advies van Onze in Raad vergaderde Ministers,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. In artikel 7, eerste lid van de wet van 30 april houdende diverse bepalingen inzake justitie en het notariaat in het kader van de strijd tegen de verspreiding van het coronavirus COVID-19 worden de woorden "30 juni 2020" telkens vervangen door de woorden "31 december 2020".

Art. 2. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Art. 3. De minister bevoegd voor Justitie is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 26 juni 2020.

FILIP

Van Koningswege :
De minister van Justitie,
K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL JUSTICE

[C – 2020/10411]

26 JUN 2020. — Arrêté Royal prolongeant l'article 7, alinéa 1^{er} de la loi du 30 avril 2020 portant des dispositions diverses en matière de justice et de notariat dans le cadre de la lutte contre la propagation du coronavirus COVID-19

PHILIPPE, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 30 avril 2020 portant des dispositions diverses en matière de justice et de notariat dans le cadre de la lutte contre la propagation du coronavirus COVID-19, article 7;

Vu l'arrêté ministériel du 23 mars 2020 portant des mesures d'urgence pour limiter la propagation du coronavirus COVID-19;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 24 juin 2020;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 26 juin 2020;

Sur la proposition du Ministre de la Justice et de l'avis de Nos Ministres qui en ont délibéré en Conseil,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Dans l'article 7, alinéa 1^{er} de la loi du 30 avril 2020 portant des dispositions diverses en matière de justice et de notariat dans le cadre de la lutte contre la propagation du coronavirus COVID-19, les mots "30 juin 2020" sont chaque fois remplacés par les mots "31 décembre 2020".

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge*.

Art. 3. Le ministre qui a la Justice dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné le 26 juin 2020, à Bruxelles.

PHILIPPE

Par le Roi :
Le ministre de la Justice,
K. GEENS